



# FDP-Kreistagsfraktion Paderborn

Jan Lackmann

- Fraktionsvorsitzender -



03. August 2008

Kreisverwaltung Paderborn  
Herrn Landrat  
Manfred Müller  
Aldegreverstraße 10 – 14

33102 Paderborn

Stadt Paderborn  
Herrn Bürgermeister  
Heinz Paus  
Am Abdinghof 11

33098 Paderborn

**Betreff: Umstrukturierungen bei der E.ON Westfalen Weser AG – Strukturprojekt regi.on**

Sehr geehrter Herr Müller, sehr geehrter Herr Paus

die FDP-Fraktionen des Kreistages des Kreises Paderborn und des Stadtrates der Stadt Paderborn Kreistagsfraktion beziehen mit diesem Schreiben an Sie und die Presse Stellung zu Inhalt und Beratungsablauf in den kommunalen Parlamenten hinsichtlich der geplanten Umstrukturierungen bei der E.ON Westfalen Weser AG. Gleichzeitig möchten wir darlegen, welche Konsequenzen wir aus der Faktenlage ziehen und wie das weitere Vorgehen aus unserer Sicht aussehen sollte.

Einleitend möchten wir unseren Unmut über den sehr knapp bemessenen Beratungszeitraum zum Ausdruck bringen. Zwar ist uns bekannt, dass dieser durch die Aktionärsversammlung am 19.08.2008 begrenzt wird, dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass hier die Abgeordneten und Ratsherren erst sehr kurzfristig informiert worden sind und zwei Wochen selbst für erfahrene Kommunalpolitiker kaum ausreichen, sich in eine derart komplexe Materie einzuarbeiten. Diese Vorgehensweise trägt aus unserer Sicht nicht der Wichtigkeit der anstehenden Beschlüsse Rechnung.

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass hier ein unbequemes Thema noch in der Sommerpause ohne viel Aufhebens zu einem unrühmlichen Ende gebracht werden soll. Unrühmlich deshalb, weil der 2006 zu einem guten Preis mögliche Verkauf der kommunalen Anteile bei der E.ON Westfalen Weser AG (die sogenannte erste Put-Option) noch mit dem Argument des Erhalts kommunaler Einflussmöglichkeiten auf die Unternehmenspolitik bis hin zur Arbeitsplatzpolitik und Preisgestaltung von CDU und SPD abgelehnt wurde. Jetzt aber haben sich diese Hoffnungen als nicht tragfähig erwiesen, so dass nur noch die sichere, zeitlich gestreckte Liquidierung der kommunalen Vermögenswerte zur Debatte steht. Der EON-Mutterkonzern will erklärtermaßen vollständig Herr im eigenen Haus werden und die Konzerntöchter und Geschäftsaktivitäten nach eigenen wirtschaftlichen Kalkül disponieren. Die jetzt offerierte Sicherung der Werthaltigkeit durch eine erneute modifizierte Put-Option nach vorherigen Verkauf bestimmter Unternehmensanteile fassen wir als Angebot zur mittelfristigen Abwicklung des Unternehmens auf.

Ohne die Konditionen des Vertragswerkes zur Umstrukturierung von E.ON Westfalen Weser AG im Einzelnen bewerten zu können (und das wird wohl jedem anderen Abgeordneten ähnlich gehen), müssen wir aber angesichts der kommunalen Minderheitenposition im Aktionärskreis zu dem Schluss kommen, dass Kreis und Stadt keine Alternative haben als

Caspari, Heinz-Josef	33142 Büren	Barkhäuser Straße 12	Tel.: 02951-3005	Mobil: 0172-6976401	caspari@onlinehome.de
Hadaschik, Dr. Michael	33102 Paderborn	Brandenburger Weg 14	Tel.05254-812850 (d.)	Mobil 0172-5690058	michael.hadaschik@benteler.de
Kirschner, Uwe	33165 Lichtenau	Zum Brinkhof 27	Tel.: 05251-1486	Mobil: 0160-7139367	info@dehogapb.de
Lackmann, Jan	33100 Paderborn	Teichweg 6	Fax: 05251-871181	Mobil: 0175-2441696	jan.lackmann@web.de

## FDP-Kreistagsfraktion Paderborn

den beabsichtigten Umstrukturierungen und Teilverkäufen zuzustimmen, um ihrerseits zumindest den Rückfluss des gebunden kommunalen Vermögens zu sichern.

Um dennoch eine angemessene Beteiligung der Bürgerschaft in der Entscheidungsfindung sicherzustellen beantragen wir eine **öffentliche Beratung im Kreistag und Stadtrat**. Aus unserer Sicht besteht nach den Geschäftsordnungen kein Grund, die Beratungen nicht öffentlich durchzuführen. Vielmehr sollte das Recht der Bürgerschaft auf umfassende Information gewahrt werden. Auch wirtschaftliche Nachteile für eine der beteiligten Seiten, die aus einem Bekanntwerden der Vertragsinhalte resultieren würden, können wir nicht erkennen. Einzig der Ruf der Kommunalpolitik würde leiden, wenn eine solch gewichtige Entscheidung erneut ohne öffentliche Diskussion getroffen würde.

Weiterhin wünschen wir uns, schon jetzt die Verwendung freiwerdender Mittel aus der E.ON Westfalen Weser AG - Umstrukturierung und einem möglichen Anteilsverkauf festzulegen. Keinesfalls sollen die Verkaufserlöse dieses bislang langfristig angelegten kommunalen Vermögens in den Ausgaben oder Investitionen der laufenden Haushalte verzehrt werden.

Die FDP-Kreistagsfraktion hatte bereits während der Haushaltberatungen 2008 die Schaffung eines **nicht rückholbaren Pensionsfonds aus dem Verkauf von RWE und E.ON Anteilen** gefordert. Der jetzt im Grundsatz von allen Kreistagsfraktionen beschlossene und mit dem Verkaufserlös eines Teils der RWE-Aktien zu dotierende Kreis-Pensionsfonds sollte nach Auffassung der FDP-Stadtratsfraktion gleichermaßen auch für die Pensionsverpflichtungen der Stadtverwaltung gebildet werden. Da eine langfristige, kapitalgedeckte Finanzierung der Pensionszahlungen ein wichtiges Anliegen ist, beantragen wir eine Zuführung freiwerdender Umstrukturierungsmittel in die für Kreis und Stadt Paderborn zu schaffenden Fonds.

Abschließend möchten wir einen Anstoß zur intensiven Beschäftigung mit kommunalen Möglichkeiten bei der zukünftigen Mitgestaltung einer regionalen Energieversorgung geben. Dazu möchten wir einen Satz aus den Vorbemerkungen der aktuellen Kreistagsunterlagen aufgreifen, welcher die Problematik der privatisierten regionalen Energieversorger treffend beschreibt. Dort heißt es: „Vorrangiges Ziel der künftigen Regionalstruktur ist die Sicherung und Steigerung der Unternehmenswerte der Regionalversorgungsunternehmen(...), die allen Anteilseignern (...) zugute kommt“. Dem widersprechen wir ausdrücklich, was die kommunale Seite angeht. Ziel regionaler, kommunaler Energiepolitik sollte eine sichere, ortsnah und umweltschonende Energieversorgung zu angemessenen Preisen sein. Der Kreis Paderborn sollte daher die Initiative ergreifen und in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden die Möglichkeit einer **teilweisen Rekommunalisierung der Energieversorgung** evaluieren. Bundesweit existieren durchaus Beispiele dafür, dass eine rekommunalisierte Energieversorgung zu Kosteneinsparungen und einer Verbesserung des Services geführt haben. Um die Informationslage der kommunalen Bürgervertretungen auf eine breitere Basis zu stellen, beantragen wir daher die **Durchführung eines Hearings**, zu dem noch zu bestimmende Experten aus dem Fachgebiet der regionalen Energieversorgung eingeladen werden sollen.

Die genannten Anträge erhalten Sie gesondert.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Lackmann

Monika Walter